



Protokoll der 4. Sitzung des Einwohnerrates

vom 23. November 2016, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Stoll Diego (SP) und Stoll Hanspeter (SP)

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

-

Das Geschäft und Traktandum betreffend dem Postulat „Streetworkout-Anlage“ (Nr. 2016/229) wird von der Traktandenliste abgesetzt und auf die Ratssitzung vom 21.12.2016 neu traktandiert.

Der Rat beschliesst einstimmig, dass die Resolution „Uni-Standort Liestal“ (Nr. 2016/26) an der heutigen Sitzung beraten wird.

1. Resolution „Wir bekennen uns zum Uni-Standort Liestal“ 2016/26
://: Die Resolution wird vom Rat mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung verabschiedet.
2. Protokoll der Ratssitzung vom 26. Oktober 2016
://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.
3. Wahlbüro-Ersatzwahl 2016/19
://: Einstimmig wird Elisabeth Holinger-Schaffner (SVP) anstelle von Joelle Gränicher (SVP) für die restliche Amtsperiode in das Wahlbüro gewählt.
4. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen 2016/20
://: Einstimmig wird Natalie Oberholzer (GL) als Mitglied der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) sowie als Ersatzmitglied der Finanzkommission (FIKO) gewählt.
5. Quartierplanvorschriften Aurisa (Konrad Peter-Areal) - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung / Beschlussfassung 2016/248
2016/248a
://: Dem Änderungsantrag der BPK betreffend der Ergänzung des QP-Reglementes wird einstimmig zugestimmt.
://: Einstimmig beschliesst der Rat die QP-Vorschriften Aurisa, bestehend aus dem Quartierplanreglement sowie dem Situationsplan und Schnittplan vom 02. Mai 2016.

6. Zonenplan Landschaft, Mutation Perimeter - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung / Beschlussfassung 2016/6
2016/6a
://: Der Rat beschliesst einstimmig die Perimetermutationen bestehend aus Tiergartenfeld, Bifang und Schillingsrain, Frenkenbündten sowie Kleinmutationen.
7. Auweg, Kreditgenehmigung für Neubau Wasserleitung, öffentliche Beleuchtung und Strassenbau - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) 2016/12
2016/12a
://: Einstimmig werden die Kredite von über CHF 130'000.-- für die Wasserleitung sowie über CHF 235'000.-- für den Strassenbau sowie die öffentliche Beleuchtung genehmigt.
8. Sport- und Volksbad Gitterli AG - Betriebskostenbeiträge ab 2017 2016/21
://: Die Vorlage wird an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen.
9. Liestal aktuell - Postulat „Liestal aktuell: Seite für die Fraktionen des Einwohnerrates“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion und Anna Ott der Grünen Fraktion 2016/16
://: Das Postulat wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.
://: Einstimmig wird das Postulat vom Rat als erfüllt abgeschrieben.
10. Photovoltaikanlagen - Postulat „Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden von Anna Ott der Grünen Fraktion 2016/17
://: Das Postulat wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.
11. Friedhof - Bericht Stadtrat zur Interpellation betreffend Neuausrichtung des Friedhof von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2016/18
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
12. Fragestunde
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 14 Fragen beantwortet.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder, Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Sitzung.

Speziell darf er an der heutigen Sitzung Lehrer Theo Gfeller und die Schulklasse „Logistiker, 2. Lehrjahr“ der Berufsschule GIB als Gäste auf der Tribüne willkommen heissen.

In einer Gedenkminute wird dem verstorbenen früheren Ratskollegen und Tierarzt Dr. Hans Kaufmann sel. gedacht, welcher dem Rat vom 01. März 1991 bis 30. Juni 1994 angehört hatte. Der Trauerfamilie wird namens des Einwohnerrates das Beileid ausgesprochen.

Mitteilung des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) erinnert daran, dass bis am heutigen Abend dem Ratschreiber die Anmeldungen der Fraktionen für den Weihnachtsapéro vom 21. Dezember 2016 abzugeben sind.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, gelb
- Vorlage Nr. 2016/18a
- Vorlagen Nr. 2016/22 - Nr. 2016/26 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Busbetrieb während Waldenburgerbahn-Umbau - Postulat „Optimierung Busbetrieb während dem Umbau der Waldenburgerbahn auf Meterspur“ von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2016/22)
- Parkraumkonzept - Postulat „Parkraumkonzept für Liestal“ von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2016/23)
- WB-Haltestellen - Interpellation zum Standort der WB-Haltestellen im Bereich Altmarkt/Gräubern von Sonja Niederhauser und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/24)
- Buserschliessung - Postulat „Buserschliessung Rosen- und Fraumattquartier“ von Stefan Fraefel und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/25)
- Uni-Standort Liestal - Resolution „Wir bekennen uns zum Uni-Standort Liestal“ des Liestaler Einwohnerrats an den Universitätsrat beider Basel, an den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft und an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (Nr. 2016/26)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP, Ersatzmitglied) | Seite A (SP, GL) |
| - Jeitziner Karin (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Quensel Marianne (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Erklärungen von Ratsmitgliedern oder Fraktionen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf einen früheren Vorstoss betreffend Radonbelastungen in den Schulhäusern und informiert darüber, dass bei den letzten Messungen die Grenzwerte wiederum deutlich unterschritten wurden.

Traktandenliste

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) informiert darüber, dass sich Ratsmitglied Hanspeter Stoll als Verfasser des Postulates „*Streetworkout-Anlage*“ (Nr. 2016/229) für die heutige Sitzung wegen Ferienabwesenheit entschuldigen lassen musste. Das Büro beantragt deshalb die Absetzung des Traktandums Nr. 8 von der heutigen Geschäftsliste.

://: Der Rat stimmt dem Antrag des Büros einstimmig zu und setzt das Geschäft bzw. das **Postulat „Streetworkout-Anlage“ (Nr. 2016/229)** von der heutigen Traktandenliste ab.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) nimmt Bezug auf den neuen Vorstoss beziehungsweise die *Resolution „Wir bekennen uns zum Uni-Standort Liestal“* (Nr. 2016/26) und stellt fest, dass diese sofort beraten würde, sollte dies der Rat beschliessen. Bis zur Ratssitzung ist der neue Vorstoss mit der Mindestanzahl von 8 Unterschriften unterzeichnet und eingereicht worden. Die Ratsmitglieder möchten sich nun dazu äussern, ob die Resolution sofort beraten werden soll oder nicht.

Ott Anna (GL) sagt, sie habe kommuniziert, dass die Resolution erst an der Dezember-Sitzung behandelt wird, wenn dies aber bereits heute möglich sein sollte, so wäre dies aber sicher sinnvoll, da das Evaluationsverfahren der Uni ja bereits läuft.

Thomas Eugster (FDP) möchte vom Stadtrat wissen, ob dieser eine Behandlung der Resolution an der heutigen Sitzung auch unterstützt.

Stadtpräsident Lukas Ott teilt mit, dass der Stadtrat die Resolution als eine wichtige Unterstützung im laufenden Prozess empfinde. Auf die Wichtigkeit des Uni-Campus für den Standort Liestal muss er ja nicht nochmals speziell hinweisen. Das laufende Evaluationsverfahren wird nach der Bewerbung von Liestal noch in drei Gemeinden durchgeführt und gerade in diesem Zeitpunkt ist es wichtig, dass der Einwohnerrat ein klares Signal mit der Überweisung der Resolution absenden kann, womit dem Stadtrat natürlich auch der Rücken gestärkt werden kann. Der Stadtrat würde es deshalb auch begrüessen, wenn das Geschäft an der heutigen Sitzung behandelt werden könnte. Und es wäre natürlich auch sein Wunsch, wenn der Rat dann bei der Verabschiedung der Resolution ein möglichst geschlossenes Zeichen absenden würde.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, dass die **Resolution „Uni-Standort Liestal“ (Nr. 2016/26)** an der heutigen Sitzung beraten wird.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann nach Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste keine weiteren Wortbegehren angemeldet und somit die traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 09. November 2016 behandelt werden.

34 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Resolution „Uni-Standort Liestal“ - Resolution „Wir bekennen uns zum Uni-Standort Liestal“ des Liestaler Einwohnerrats an den Universitätsrat beider Basel, an den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft und an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt (Nr. 2016/26)

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Resolution des Liestaler Einwohnerrats an den Universitätsrat der Universität beider Basel, an den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft und an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Wir bekennen uns zum Uni-Standort Liestal.

Der Liestaler Einwohnerrat stellt sich hinter die Bestrebung des Liestaler Stadtrats, mindestens eine Universitätsfakultät der Universität beider Basel in Liestal anzusiedeln. Wie der Stadtrat ist der Einwohnerrat überzeugt, dass das zur Verfügung stehende und bestens erschlossene Areal auf dem ehemaligen Güterbahnhof der ideale Ort für einen Uni-Campus ist. Es ist dem Einwohnerrat der Stadt Liestal ein Anliegen, dem Universitätsrat der Universität beider Basel, dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt im Folgenden aufzuzeigen, weshalb der Baselbieter Kantonshauptort der am besten geeignete Standort zur Ansiedlung von Universitätsfakultäten im Kanton Basel-Landschaft ist.

- *Die Universität beider Basel verdankt ihre heutige Stärke der paritätischen Trägerschaft von Basel-Stadt und Baselland. Diese gemeinsame Trägerschaft und damit der Erfolg der Universität sind heute aber bedroht. Ein Grund dafür ist, dass viele Baselbieterinnen und Baselbieter die Universität nicht als eigene Institution wahrnehmen. Um langfristig die Trägerschaft des Kantons Basel-Landschaft abzusichern, müssen weitere Fakultäten der Universität beider Basel im Landkanton angesiedelt werden. Nun so kann die Identifikation der Universität als eigene Institution in der Baselbieter Bevölkerung gestärkt werden. Diese wünschenswerte stärkere Verankerung der Baselbieter Trägerschaft in der Bevölkerung lässt sich am besten mit dem Standort Liestal erreichen. Ein neuer Uni-Campus auf dem Dreispitz (Münchenstein), im Bachgraben (Allschwil) oder auf dem Polyfeld (Muttenz) hätte nicht die gleiche Signalwirkung.*
- *Investoren für die Erstellung der Unterrichts- und Wohngebäude sind in Liestal bereits gefunden. Die SBB hat sich bereit erklärt, als Arealeigentümerin am Bahnhof in den Campus zu investieren. Die zu erstellenden Gebäude könnten eine oder mehrere Uni-Fakultäten aufnehmen. Weiter ist die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung bereit, das sich in ihrem Besitz befindliche angrenzende Areal mit Studentenwohnungen zu überbauen. Die Studierenden würden in Liestal folglich einen neuen Campus erhalten, von dessen moderner Infrastruktur sie profitieren würden. Zudem wäre es dank der Investitionen der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung in Studentenwohnungen möglich, in unmittelbarer Nähe zur Universität zu einem günstigen Preis zu wohnen. In der Stadt Basel hingegen steht bekanntlich nicht genügend studentischer Wohnraum zur Verfügung.*
- *Die guten Verkehrsverbindungen sprechen für Liestal. Der vorgeschlagene Standort für den Uni-Campus auf dem Liestaler Bahnhofsareal ist von Basel mit dem Schnellzug in nur zehn Minuten erreichbar. Stündlich verkehren fünf Züge zwischen Liestal und Basel und bis 2025 wird zwischen Liestal und Basel der Viertelstundentakt bei der S-Bahn umgesetzt sein. Auch ist Liestal mit direkten Zugverbindungen an die Städte Zürich, Bern, Aarau und Luzern sowie mit der A22 direkt an die Autobahn A2 angebunden.*
- *Die Stadt Liestal ist ein Wohn- und Arbeitsort mit höchster Lebensqualität. Den Studierenden der Universität beider Basel hätte Liestal viel zu bieten. Liestal ist eine Stadt mit einem vielfältigen kulturellen Angebot und einer grossen Auswahl an Freizeitaktivitäten. Alle Güter des täglichen Lebensbedarfs erhält man im „Stedtli“, an der Büchelstrasse und am zweimal wöchentlich stattfindenden Bauernmarkt in der Rathausstrasse. Innerhalb Liestals ist man gut und sicher mit dem Velo unterwegs.*

Der Einwohnerrat der Stadt Liestal lädt den Universitätsrat der Universität beider Basel, den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft ein, die obig aufgeführten Vorzüge des Standorts Liestal im zurzeit laufenden Evaluationsverfahren unvoreingenommen zu berücksichtigen und entsprechend zu gewichten.

Liestal, 23. November 2016

(26 unterzeichnende ER-Mitglieder)

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass der Vorstoss bzw. die Resolution Nr. 2016/26 den Ratsmitgliedern als Entwurf mit E-Mail des Ratsschreibers am heutigen Morgen und als Tischpapier vorgängig der Sitzung zur Kenntnis gebracht wurde.

Bei der vorgängigen Traktandenlisten-Bereinigung hatte der Rat entschieden, dass die Resolution an der heutigen Sitzung sofort beraten wird.

Die Resolution ist von 26 Ratsmitgliedern unterzeichnet worden.

Gemäss § 52 des ER-Geschäftsreglementes gilt die Resolution als zustande gekommen, wenn zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder dieser zugestimmt haben.

Bernhard Bonjour (SP) orientiert, dass die Diskussion in seiner Fraktion ausführlich und kontrovers war. Einig ist sich die SP-Fraktion darin, dass es sehr gefährlich ist, wenn man bei der Uni sparen und der Kanton Basel-Landschaft seine Verpflichtungen zurückfahren möchte. Die Uni hat eine wichtige Funktion für beide Halbkantone und auch für die Stadt Liestal. Und so ist es schlimm, dass vor dem eigentlichen Sparen an der Uni alleine schon das Geschwätz über das Sparen der Uni schadet. Es muss alles Mögliche unternommen werden, damit die Uni stark bleibt. Unterschiedliche Haltungen wurden in der Fraktion eingenommen, wenn es um die Frage geht, was denn nun gut sein soll für die Uni. Grundsätzlich ist es gut für die Uni, wenn sie autonom ist und selbst betreffend ihren Standorten und ihren Fakultäten entscheiden kann. Diese Fragen sollten nicht von politischen Entscheiden im Zusammenhang mit der Uni-Finanzierung abhängig gemacht werden. Natürlich werden auch Meinungen vertreten, dass die Mitfinanzierung der Uni durch Baselland eine politische Frage ist. Und wenn erreicht werden kann, dass sich unser Kanton weiterhin im bisherigen Rahmen an der Uni beteiligt, so würde eine Teilverlegung der Uni in den Kanton Basel-Landschaft schlussendlich für die Uni auch von Nutzen sein. Und sollte schlussendlich ein Teil der Uni in den Kanton Basel-Landschaft verlegt werden, so gibt es sicher sehr viele Argumente, welche für den Kantonshauptort Liestal sprechen.

Anna Ott (GL) bemerkt, dass die Resolution von allen ihren Fraktionsmitgliedern unterzeichnet wurde. Damit wird der Stadtrat in seinen Bestrebungen unterstützt, dass mindestens eine Fakultät in Liestal angesiedelt wird. Mit der Resolution werden die beiden Regierungsräte und der Universitätsrat gebeten, im laufenden Evaluationsverfahren die Vorzüge von Liestal als möglichen Uni-Standort zu berücksichtigen und entsprechend zu gewichten. Auch möchte der Einwohnerrat seine Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass Liestal als Kantonshauptort der beste Standort zur Ansiedlung einer Uni-Fakultät ist. Die dafür sprechenden Punkte sind in der Resolution ausführlich beschrieben. Die Uni Basel verdankt ihre heutige Stärke der paritätischen Trägerschaft von Basel-Stadt und Basel-Land, doch ist diese Trägerschaft zur Zeit gefährdet. Ein Grund dafür dürfte sein, dass viele Baselbieter die Uni nicht als eigene Institution wahrnehmen. Eine langfristige Trägerschaft kann wohl nur abgesichert werden, wenn man auch Teile der Uni ins Baselbiet holt. Die Resolution ist ein klares Bekenntnis vom Einwohnerrat Liestal zum Uni-Standort Liestal.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt als Einzelsprecher mit, dass seine Fraktion nicht zur Unterzeichnung der Resolution angefragt wurde, was er sehr bedauert. Er kann sich mit dem Inhalt der Resolution vollständig einverstanden erklären und vermutlich hätten die Ratsmitglieder seiner Fraktion diese ebenfalls unterschrieben, zumal seine Fraktion vor rund drei Jahren selbst einen Vorstoss zu diesem Thema im Einwohnerrat eingereicht hatte. Da aber die Resolution nicht in der Fraktion behandelt werden konnte, kann er auch nichts Konkretes bezüglich dem Stimmverhalten der SVP-Fraktion sagen.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, seine Fraktion begrüsse und unterstütze die Resolution ausdrücklich, sieht aber den Gesamtkontext etwas anders als die linke Seite, denn die Kosten der Uni können nicht ins Unendliche ansteigen. Diesbezügliche Korrekturen sind nötig und es ist ebenfalls ein längeres Anliegen des Kantons Baselland, dass Teile der Uni ins Baselbiet verlegt werden, denn damit wird die Uni auch besser von der Baselbieter-Bevölkerung wahr genommen und getragen. Die Uni hat sich zum Teil in teuren Liegen-

schaften in der Stadt eingemietet und so könnte eine Verlegung von Fakultäten in unseren Kanton auch für die Uni finanzielle Vorteile haben. Wichtig für die weiteren Abklärungen und Verhandlungen ist aber doch auch, dass alle möglichen Standortgemeinden im Baselbiet mit gleich langen Ellen gemessen werden. Er ist davon überzeugt, dass Liestal über ein hervorragendes Angebot verfügt, bestens erschlossen ist und auch bereits über ein weit gediehenes Projekt verfügt.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) sagt, dass die Resolution in der Mittefraktion nicht diskutiert wurde, doch ist diese ja von allen seinen Fraktionsmitgliedern unterschrieben worden. Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Campus der Fachhochschule in Brugg zeigen, dass gute Verkehrsanbindungen äusserst wichtig sind. Auch mit den dort organisierten „Tagen der offenen Türen“ wird die Bevölkerung stärker eingebunden, was gegebenenfalls auch in Liestal organisiert werden könnte.

Anna Ott (GL) legt dar, dass es ihr wichtig ist, dass auch die SVP hinter dem Anliegen der Resolution steht, weshalb sie dem Fraktionspräsidenten der SVP auch zwei E-Mails geschickt und einige Ratsmitglieder der SVP-Fraktion betreffend der Resolution angesprochen hatte.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die einwohnerrätliche Resolution „Wir bekennen uns zum Uni-Standort Liestal“ (Nr. 2016/26) wird mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zu Händen des Universitätsrates der Universität Basel, an den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft und an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt verabschiedet.

35 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Protokoll der Ratssitzung vom 26. Oktober 2016

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Sitzung eingegangen sind und dieses deshalb dem Rat zur Genehmigung beantragt wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass auf der ersten Seite festgehalten wird, dass 38 Mitglieder anwesend, 2 Mitglieder sich entschuldigen liessen und 1 Mitglied abwesend war. Dies kann bei einer Mitgliederzahl von 40 Ratsmitgliedern nicht stimmen.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass ein Änderungsantrag beim Büro hätte eingereicht werden müssen, doch nimmt der Rat zur Kenntnis, dass nur 37 Mitglieder und nicht 38 Mitglieder an der Sitzung vom 26. Oktober 2016 präsent waren.

://: Das Protokoll vom 26. Oktober 2016 wird einstimmig genehmigt und zur Kenntnis genommen, dass an der Sitzung 37 Mitglieder präsent waren.

36 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Wahlbüro-Ersatzwahl (Nr. 2016/19)

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt die Frage, ob sich zum Geschäft jemand äussern möchte.

Walter Leimgruber (SP) stellt fest, dass sich beim Antrag ein Fehler eingeschlichen hatte, denn die Vorgeschlagene ist für die Amtsperiode 2016 - 2020 und nicht für die Amtsperiode 2012 - 2016 zu wählen.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) gibt bekannt, dass es sich um einen Verschieb beim „Antrag“ der Vorlage Nr. 2016/19 handelt.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass über die Wahl offen abgestimmt wird.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion wird Frau Elisabeth Holinger-Schaffner einstimmig anstelle von Frau Joelle Gränicher für die restliche Amtsperiode 2016 – 2020 in das Wahlbüro gewählt.

37 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2016/20)

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend dem Wahlgeschäft aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Einwohnerrat damit einverstanden erklären kann, dass die Wahlen offen und gesamthaft vorgenommen werden.

://: Gemäss den Wahlvorschlägen der Grünen Fraktion werden einstimmig gewählt:

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Natalie Oberholzer (GL) anstelle von Lisette Kaufmann als GOR-Mitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Natalie Oberholzer (GL) anstelle von Lisette Kaufmann als FIKO-Ersatzmitglied

38 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Quartierplanvorschriften Aurisa (Konrad Peter Areal) - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung / Beschlussfassung (Nr. 2016/248)

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass das Geschäft in einer 1. Lesung bereits an der letzten Sitzung vom 26. Oktober 2016 beraten wurde.

Thomas Eugster (FDP) orientiert als BPK-Präsident, dass es seit der ersten Lesung vom 26. Oktober 2016 keine neuen Erkenntnisse gegeben habe. Die wichtigsten Punkte der Gesamtwürdigung möchte er nochmals kurz in Erinnerung rufen. Generell steht die Kommission dem QP Aurisa positiv gegenüber und begrüsst auch den weiteren Schritt zur Umsetzung der Masterplanung Zentrum Nord sowie die neue Nutzung der bisherigen Brache des Konrad Peter Areal. Begrüsst wird auch die in Aussicht gestellte Tagesnutzung im Gebäude-Innenhof. Der Stadtrat wird von der BPK dazu ermuntert, bei der Umsetzung des Quartierplanes bezüglich dem Erscheinungsbild korrigierend einzuwirken, wenn dies nötig sein sollte. Die Erschliessung des Stedtli für die Fussgänger aus den Quartieren Zentrum Nord muss noch gelöst werden. Auch möchte er den Zusatzantrag der BPK betreffend der Ergänzung des QP-Reglementes in Erinnerung rufen. Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, dem Quartierplan zuzustimmen.

Markus Rudin (SVP) sagt, seine Fraktion wird den Anträgen der BPK zustimmen und ist erfreut über die neue Nutzung der bisherigen Brache des Konrad Peter Areal.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch ihre Fraktion unterstütze die Anträge der BPK und des Stadtrates. Das neue Projekt mit zusätzlichem Wohnraum und der Tagesnutzung des Innenhof-Areales wird begrüsst. Die Anbindung an das Stedtli darf nicht vergessen werden. Für das Projekt wird sich hoffentlich auch bald ein Investor finden.

Pascal Porchet (FDP) bemerkt, in seiner Fraktion gebe es keine neuen Erkenntnisse seit der ersten Lesung und die FDP-Fraktion wird die Anträge der BPK einstimmig unterstützen.

Stadtrat Franz Kaufmann hält fest, dass bei der ersten Lesung die Frage betreffend der Bodenbelastung aufgetaucht ist. Das Areal war früher ein Industriestandort und der Boden ist belastet. Die Bauherrschaft hat gemäss Planungsbericht die Auflage, vor der Baugesuchseingabe ein Entsorgungskonzept vorzulegen.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Änderungsantrag der Bau- und Planungskommission wird einstimmig zugestimmt und das Quartierplan-Reglement wie folgt ergänzt: „Falls es im Rahmen der Ausgestaltung der Strassenprojekte Gasstrasse einer Fläche für einen Veloweg innerhalb des Quartierplan-Perimeters bedarf, geht diese zu Lasten der angrenzenden Abtretungsfläche für Strassenbau oder Mischverkehrsfläche“.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig die Quartierplanvorschriften Aurisa, bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 02. Mai 2016 sowie dem Situationsplan/Schnittplatz vom 02. Mai 2016 gemäss Anträgen des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission.

39 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Zonenplan Landschaft, Mutation Perimeter - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung / Beschlussfassung (Nr. 2016/6)

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass das Geschäft an der Sitzung vom 26. Oktober 2016 bereits in einer 1. Lesung beraten wurde.

Thomas Eugster (FDP) hält als BPK-Präsident fest, dass die Zonenplan-Revision Landschaft eine alte Pendeuz aus der Ortsplanungsrevision 2010 ist. Seit der ersten Lesung vom 26. Oktober 2016 gibt es keine neuen Erkenntnisse, welche an der heutigen Sitzung noch zu erwähnen wären. Die BPK beantragt einstimmig, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Anträgen des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission beschliesst der Rat einstimmig die Perimeter-Mutationen des Zonenplanes Landschaft, bestehend aus:

- Mutation Tiergartenfeld, Situationsplan 1:1000 vom 13.11.2015
- Mutation Bifang und Schillingsrain, Situationsplan 1:1000 vom 13.11.2015
- Mutation Frenkenbündten, Situationsplan 1:500 vom 13.11.2015
- Kleinmutationen, Situationsplan 1:500 vom 13.11.2015

40 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Auweg, Kreditgenehmigung für Neubau Wasserleitung, öffentliche Beleuchtung und Strassenbau - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2016/12)

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Thomas Eugster (FDP) stellt als BPK-Präsident den Bericht der Bau- und Planungskommission gemäss Vorlage Nr. 2016/12a vor: Der Ersatz der Wasserleitung ist unbestritten. Vertieft hatte sich die BPK mit den Kostensteigerungen befasst und die Ergebnisse der Detailabklärungen sind im Kommissionsbericht festgehalten. Die Kommission beantragt dem Rat einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) dankt der BPK für den Bericht mit hohem Informationsgehalt. Verschiedene Fragen wurden bei der Überweisung der Vorlage gestellt und von der BPK auch beantwortet. Es ist einleuchtend, dass der Strassenneubau langfristig wohl die günstigere Lösung ist als dauernde Ausbesserungen. Und doch sollte man bei weiteren solchen Projekten das richtige Augenmass wahren. Den BPK-Anträgen wird zugestimmt.

Patrick Mägli (SP) sagt, auch seine Fraktion stimme den beiden Krediten ebenfalls zu. Die veranschlagten Kosten und die Beteiligungen von anderen Werkleitungseigentümern wie Swisscom, EBL usw. sind plausibel gemacht worden. Es macht Sinn, dass Strassen dann saniert werden, wenn es Sinn macht und sich die Gelegenheit anbietet.

Markus Rudin (SVP) erklärt, der Ersatz von über 80-jährigen Wasserleitungen dürfte wohl unbestritten sein. Die Kostensteigerungen wurden begründet und sind nachvollziehbar, weshalb auch die SVP-Fraktion dem BPK-Antrag zustimmen wird. Weitere Sanierungsprojekte sollten künftig besser im Auge behalten und budgetiert werden.

Pascal Porchet (FDP) dankt für den Kommissionsbericht und informiert darüber, dass seine Fraktion den Anträgen des Stadtrates und der BPK einstimmig zustimmen wird.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, dass an der heutigen Sitzung einige Geschäfte traktandiert sind, welche von der BPK intensiv und detailliert vorberaten wurden, weshalb dann in der Parlamentsberatung oftmals gar keine Fragen mehr gestellt werden. Die Zusammenarbeit der BPK mit dem Stadtrat und der Verwaltung möchte er an dieser Stelle doch einmal anerkennend erwähnen.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortgehören mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig genehmigt der Rat den Kredit über CHF 130'000.-- (inkl. MwSt.) für die Wasserleitung sowie den Kredit über CHF 235'000.-- (inkl. MwSt.) für den Strassenbau und die öffentliche Beleuchtung gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission.

41 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Sport- und Volksbad Gitterli AG - Betriebskostenbeiträge ab 2017 (Nr. 2016/21)

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat gemäss Rückmeldungen und Meinung aller Fraktionen vor, dass das Geschäft an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen wird, wozu sich nun die Fraktionssprecher noch äussern möchten.

Walter Leimgruber (SP) äussert, dass in seiner Fraktion doch einige Fragen betreffend der Zukunft des Gitterli-Bades besprochen wurden. Grundsätzlich findet niemand in seiner Fraktion, dass es das Bad nicht brauche. Und doch hat man das Gefühl, dass es sich um ein Fass ohne Boden handelt, da man die Kosten nicht im Griff hat, denn auch nach der Auslagerung im Jahr 2001 müssen immer wieder grössere Geldbeträge gesprochen werden. Eine Vorberatung durch die FIKO wird unterstützt und man möchte der Kommission doch mitgeben, dass man die Vorlage Nr. 2016/21 und auch die in Aussicht gestellte weitere Vorlage betreffend der neuen Leistungsvereinbarung sehr gründlich anschauen wird. Im Jahr 2010 wurde eine Million in das Sportbad Gitterli investiert und damals hatte man die Auskunft erhalten, dass in den nächsten 20 Jahren keine weiteren Investitionen nötig sein werden. Das dem nicht so ist, zeigen schon nach kurzer Zeit die neuesten Begehren. Die Gebaren der Gitterli-Aktiengesellschaft müssten schon genauer angeschaut werden, da die ganze Angelegenheit schon unbefriedigend ist.

Bruno Imsand (FDP) weist darauf hin, dass er und ebenfalls sein Fraktionskollege Thomas Eugster im Verwaltungsrat der Sport- und Volksbad Gitterli AG sitzen. Vom Büro sollte deshalb die Ausstandsfrage geklärt werden.

Als Sprecher der FDP-Fraktion kann er informieren, dass seine Fraktion ebenfalls eine Überweisung an die FIKO unterstützt.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag des Ratsbüros zu und überweist die Vorlage Nr. 2016/21 an die FIKO zur Vorberatung.

42 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Liestal aktuell - Postulat „Liestal aktuell: Seite für die Fraktionen des Einwohnerrates“ von Patrick Mägli der SP-Fraktion und Anna Ott der Grünen Fraktion (Nr. 2016/16)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Patrick Mägli, SP Fraktion
Anna Ott, Grüne Fraktion*

Liestal, 16. September 2016

Postulat

Liestal aktuell: Seite für die Fraktionen des Einwohnerrates

An den eidgenössischen Abstimmungen vom 28. Februar 2016 nahmen über 63 % der Liestaler Stimmberechtigten teil. Die Wahlbeteiligung an den gleichzeitig stattfindenden Einwohnerratswahlen betrug jedoch lediglich rund 45 %. Fast 20 % der Stimm- und Wahlberechtigten nehmen also aktiv an eidgenössischen Abstimmungen teil, ohne gleichzeitig das Wahlrecht auf kommunaler Ebene auszuüben. Das ist ein klares Signal dafür, dass die Aufgaben und die Arbeit des Einwohnerrates in der Bevölkerung noch besser bekannt gemacht werden müssen.

Das "Liestal aktuell", das amtliche Publikationsorgan der Stadt Liestal, stellt ein geeignetes Mittel dar, um der Arbeit des Einwohnerrates mehr Öffentlichkeit zu verschaffen. Heute können der Stadtrat, die Stadtverwaltung, der Bürgerrat und die Landeskirchen neben ihren formellen Beschlüssen auch inhaltliche Beiträge veröffentlichen. Dies soll inskünftig auch für die Fraktionen des Einwohnerrates gelten. Um der Bevölkerung den Einwohnerrat näher zu bringen, ist es sinnvoll, dass neben der bereits jetzt praktizierten formellen Publikation der Einwohnerratsbeschlüsse auch die Fraktionen inhaltliche Beiträge im "Liestal aktuell" publizieren können. Vorstellbar wäre beispielsweise, dass den Fraktionen fünfmal jährlich je ein Teil einer Seite für Beiträge zu aktuellen Themen nach ihrer Wahl zur Verfügung steht.

Wir bitten den Stadtrat, die Einführung einer Seite für die Fraktionen des Einwohnerrates im amtlichen Publikationsorgan „Liestal aktuell“ zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

Anna Ott, Grüne Fraktion

Patrick Mägli, SP-Fraktion

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen. Der Vorstoss geht an die Grundsätze. In welchem Raum findet Politik statt und in welchem Raum findet überhaupt Demokratie statt? Es muss immer wieder betont werden, dass Demokratie die Staatsform der Alternativen ist. Die Stimmbürger müssen sich deshalb orientieren und ein Bild machen können betreffend den Argumenten. Wenn wichtige Plattformen oder Phasen zur Meinungsbildung wegfallen, würde man an den Grundlagen der Demokratie rütteln. Es ist deshalb von Vorteil, wenn Parteien beispielsweise ihre Positionen auch im Liestal aktuell darstellen könnten, was vom Stadtrat auch unterstützt wird, obwohl er zwei Einschränkungen machen muss: Die Beiträge der Fraktionen müssten auf laufende Geschäfte im Einwohnerrat beschränkt werden und der Einwohnerrat müsste selbst die redaktionelle Verantwortung für den Inhalt der LA-Fraktionsseite übernehmen. Die Umsetzung ist möglich, ohne dass vom Stadtrat nun noch ein Bericht zum Postulat gemacht werden muss. Somit könnte doch das Postulat doch überwiesen und gleich wieder abgeschrieben werden.

Patrick Mägli (SP) sagt als Postulant, dass das Liestal aktuell sehr viel gelesen und auch geschätzt wird. Viele Institutionen bekommen ihren Platz, um über ihr Schaffen berichten zu können, doch wird der Einwohnerrat stiefmütterlich behandelt, weil nur gerade das Beschlussprotokoll der Ratssitzungen veröffentlicht wird. Bei den letzten Wahlen stellt man fest, dass viele gar nicht wissen, was der Einwohnerrat überhaupt macht und so hatte rund 1/3 der Stimmenden nicht an den Einwohnerratswahlen teilgenommen, obwohl die Stimmbeteiligung an diesem Wahl- und Abstimmungswochenende gar nicht so schlecht war. Dieses Phänomen konnte man schon bei den Wahlen im 2012 beobachten und so ist es wichtig, dass man Gegensteuer gibt, indem man laufend im Liestal aktuell über die Arbeiten im Einwohnerrat informiert. Die städträtliche Einschränkung, dass sich die Fraktionen nur zu Themen laufender Parlamentsgeschäfte äussern sollen, kann er ebenfalls unterstützen. Die Beiträge der Fraktionen im Liestal Magazin LiMa müssen sehr kurz gehalten werden und sollten einem Konzept entsprechen, die häufig keinen direkten Bezug auf die laufenden politischen Geschäfte haben. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösung kann er und seine Fraktion unterstützen, weshalb man der Überweisung und auch gleichzeitigen Abschreibung des Postulates zustimmen wird.

Anna Ott (GL) hält als Mitverfasserin des Postulates fest, dass sich die Demokratie über die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger definiert und darum ist ein gewisses minimales Niveau an Partizipation notwendig. Man kann sich sicher über das Ausmass der Beteiligung streiten, doch sind die Postulanten der Meinung, dass eine Wahlbeteiligung bei den Einwohnerratswahlen von rund 45 Prozent doch eher ungenügend ist. Die Beteiligung hängt wohl auch mit dem politischen Selbstvertrauen und dem Bekanntheitsgrad der zu wählenden Behörden zusammen. Die Aufgaben des Einwohnerrates sind in Liestal zu wenig bekannt und es sind einfache zusätzliche Informationsplattformen nötig, damit sich daran etwas ändert. Mit Informationen der einwohnerrätlichen Fraktionen im Liestal aktuell wär dies gewährleistet. Die sofortige Umsetzung sowie der Vorschlag des Stadtrates für eine Überweisung mit gleichzeitigen Abschreibung des Postulates kann sie ebenfalls unterstützen.

Werner Fischer (FDP) teilt mit, dass das Postulat in seiner Fraktion breit diskutiert wurde und man ist vor allem aus wirtschaftlichen Überlegungen zu einer Ablehnung gekommen, denn es braucht keine weitere Konkurrenz zu den bereits bestehenden Printmedien. Ob auf 1/5-Seite politische Standpunkte der Fraktionen im Liestal aktuell gesetzt werden können, dürfte ebenfalls sehr schwierig sein. Politische Werbung soll weiterhin kostenpflichtig bleiben und von den Parteien bezahlt werden. Die FDP-Fraktion ist grossmehrheitlich gegen die Überweisung des Postulates.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, dass in seiner Fraktion ähnliche Bedenken geäussert wurden, wie sie von seinem Vorredner erwähnt wurden. Schlussendlich hatte man sich aber für eine Überweisung des Postulates entschieden und will dem Versuch eine Chance zu geben. Es müssen noch Spielregeln aufgestellt werden, denn seiner Fraktion ist noch nicht klar, wie die Seite für die Fraktionen gestaltet werden soll. Von den Fraktionspräsidenten sollte wohl das weitere Vorgehen besprochen sowie ein Konzept ausgearbeitet werden.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) informiert, dass auch in der Mittefraktion unterschiedliche Meinungen vertreten werden, man sich aber mehrheitlich gegen eine Überweisung ausspricht. Die Fraktionsseite könnte zu Selbstdarstellungen von Politikern missbraucht werden und es ist auch fraglich, ob mit einer solchen Seite im Liestal aktuell eine politische Partizipation möglich sein wird. Keinesfalls sollte die Seite zu einer Gratis-Parteiwerbung ausarten.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2016/16 wird vom Rat mit 23 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Er wird nun über den stadträtlichen Antrag abstimmen lassen, ob das Postulat als erfüllt abgeschrieben werden kann oder nicht.

://: Das Postulat Nr. 2016/16 wird vom Rat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

43 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Photovoltaikanlagen - Postulat „Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden“ von Anna Ott der Grünen Fraktion (Nr. 2016/17)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Anna Ott, Grüne Fraktion

Postulat

Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden

Die Stadt Liestal hat jüngst der ADEV Energiegenossenschaft auf dem Dach des Frenkschulhauses Flächen zum Betrieb von Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt. Die Vergabe von öffentlichen Flächen zur Produktion von Solarstrom ist zukunftsorientiert und wirtschaftlich von Vorteil und sollte deshalb vermehrt von der Stadt Liestal praktiziert werden.

Das zur Verfügung stellen von öffentlichen Dachflächen an Investoren und Betreibergesellschaften ist aus zweierlei Gründen von Vorteil für die Stadt Liestal. Zum einen enthält die Stadt Liestal für die Nutzung des Daches eine Entschädigung. Da die Stadt Liestal über grosse Dachflächen verfügt (z.B. Schulanlagen, der Werkhof, das Feuerwehrmagazin, das Tribünendach des Stadions), ist dies wirtschaftlich ein interessanter Weg. Zum anderen kann die Stadt Liestal den produzierten Strom von der Betriebsgesellschaft beziehen und somit ihren eigenen Strom aus erneuerbarer Energiequelle produzieren. Doch auch ohne von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, leistet die Stadt Liestal mit der Vergabe von öffentlichen Flächen zum Betrieb von Photovoltaikanlagen einen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende und zur Erreichung der Klimaschutz-Ziele.

*Begründet durch die Vorteile, die das Verpachten von öffentlichen Anlagen zum Betrieb von Photovoltaikanlagen der Stadt Liestal bietet, bitte ich den Stadtrat zu prüfen und darüber zu berichten, **welche öffentlichen Dachflächen der Stadt Liestal für den Betrieb von Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt werden können und welche Betriebsgesellschaften zu welchen Konditionen dafür in Frage kommen.***

24. Oktober 2016

Stadtrat Franz Kaufmann sagt, dass man sich solchen Fragen als Energiestadt immer wieder stellen muss. Das Label als Energiestadt ist kürzlich in einem Reaudit erneuert und auch die Energiekommission wieder ins Leben gerufen und personell neu besetzt worden. Entgegen anderslautenden Gerüchten, welche er selbst verbreitet habe, würde der Stadtrat das Postulat gerne entgegennehmen.

Anna Ott (GL) ist als Postulantin erfreut darüber, dass der Stadtrat das Postulat nun doch noch übernehmen möchte. Die Nutzung von bisher ungenutzten Flächen für Photovoltaikanlagen ist für die Stadt wirtschaftlich und auch energiepolitisch sinnvoll, zumal man von den Betreibern solcher Anlagen noch Entschädigungen erwarten kann. Auch handelt es sich um eine Investition in eine umweltschonende Energiezukunft, was für die Energiestadt Liestal auch vorteilhaft wäre. Trotz bereits bestehenden Anlagen ist das Potential noch nicht ganz ausgeschöpft und nach der Überweisung des Vorstosses müsste vom Stadtrat noch geprüft werden, welche weiteren öffentlichen Dächer zur Verfügung gestellt und von welchen Betriebsgesellschaften diese zu welchen Konditionen betrieben würden. Auch begrüsst sie es, dass die Energiekommission aktiviert wurde. Diese könnte ja gegebenenfalls auch im Zusammenhang mit der Postulatsbeantwortung involviert werden.

Werner Fischer (FDP) orientiert, seine Fraktion spreche sich grossmehrheitlich für eine Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat aus. Alternative Energien sind wichtig für die Zukunft und würden auch ein Auftragspotential für das Gewerbe mit sich bringen. Auch würde damit ein wichtiges Signal für Liestal als Energiestadt gesetzt.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, auch seine Fraktion ist etwas irritiert betreffend der stadträtlichen Meinungsänderung. Seine Fraktion hatte an ihrer Sitzung die Stimmfreigabe entschieden, nachdem der Stadtrat zuerst gesagt hatte, dass er den Vorstoss nicht übernehmen möchte.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass die Meinungsänderung des Stadtrates auch ihre Fraktion überrascht. Die Idee des neuen Vorstosses wird grundsätzlich unterstützt, doch dürften weitere Abklärungen betreffend den Betriebsgesellschaften und deren Konditionen wohl den Rahmen sprengen.

Dominique Meschberger (SP) legt dar, dass das Postulat eigentlich gar nicht gross in ihrer Fraktion diskutiert wurde, nachdem man gehört hatte, dass der Stadtrat dieses gar nicht übernehmen wolle. Nach der heutigen stadträtlichen Aussage ist die Situation nun etwas anders und sie kann nach kurzen Umfrage in der Fraktion feststellen, dass man der Postulatsüberweisung zustimmen wird.

Hanspeter Zumsteg (SP) teilt mit, dass Liestal als Energiestadt sich die Frage stellen muss, was sie zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energie beiträgt. Gemäss Energiestatistik ist der Energieverbrauch auch bei den stadt-eigenen Gebäuden konstant hoch geblieben. In der Statistik fehlen noch Angaben betreffend Verbrauchswerten der Wasserversorgung und öffentlichen Beleuchtung. Er hofft, dass der Stadtrat mit der neuen Energiekommission praktikable Massnahmen zur Energieeinsparung und vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien vorschlagen wird. Die Grüne Fraktion spricht sich klar für eine Überweisung des Vorstosses aus.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Vorstoss angemeldet werden.

://: Mit 33 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2016/17 vom Rat an den Stadtrat überwiesen.

44 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Friedhof - Bericht Stadtrat zur Interpellation betreffend Neuausrichtung des Friedhof von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/18)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli
CVP/EVP/GLP

Liestal, 24. Oktober 2016

Interpellation betreffend Neuausrichtung des Friedhof

Unser Friedhof liegt an einem sehr schönen Ort, zentral gelegen. Hier begegnen sich alle Menschen gleich welcher Religion sie angehören. Die Anlage ist sehr gepflegt und die Betreuung durch die Friedhofgärtner immer gewährleistet.

Tatsache ist, dass die Erdbestattungen abnehmen. Die Muslime nutzen ihre Grabfelder kaum. Das Gemeinschaftsgrab hat etwas an Attraktivität verloren. Die anonymen Grabstätten sind rückläufig. Die Urnenbestattungen in den Wandnischen empfinde ich persönlich als nicht sehr ansprechend.

Es gibt zur Zeit sehr viele leere Flächen auf dem Friedhof.

Der heutige Trend geht in Richtung persönliches Urnengrab ohne grossflächige Bepflanzung. Eine Kerze, ein Blumenstrauss kann jederzeit hingestellt werden. So gibt es einen Ort des Gedenkens an einen lieben Menschen, ohne dass die Angehörigen gross mit Bepflanzung belastet werden.

Wäre jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen, eine Neuausrichtung des Friedhofs anzudenken? Die Pfarreien könnten hier sicher ins Boot genommen werden.

Ich bitte den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

Ist der Stadtrat bereit, eine Neugestaltung des Friedhofs in Zusammenarbeit mit den Friedhofgärtnern und den Pfarreien ins Auge zu fassen, um eventuell den neuen anderen Bedürfnissen von Angehörigen gerecht zu werden?

Wäre eine neue Form der Urnengräber (vergängliche Urnen) denkbar?

Wie aktuell sind unsere Gebühren?

Könnte hier das Geld des Friedhoffonds für die Kosten aktiviert werden?

Ich bitte um einen schriftlichen Bericht.

Vreni Wunderlin

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) informiert, dass die schriftliche Antwort des Stadtrates beziehungsweise die Vorlage Nr. 2016/18a den Ratsmitgliedern an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt und zur Kenntnis gebracht wurde.

Stadtrat Daniel Spinnler sagt, er verzichte auf Wiederholungen, da man die Antworten zu den Fragen der Interpellantin der Vorlage Nr. 2016/18a entnehmen kann. Die Evaluationsarbeiten der Betriebe sollten in den nächsten Tagen abgeschlossen sein, so dass die nächsten Schritte betreffend der Neugestaltung des Friedhofs in die Wege geleitet werden können. Die Statistik zeigt ja auf, dass länger und mehr die Erdbestattungen abnehmen und beispielsweise dem Gemeinschaftsgrab der Vorzug gegeben wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält als Interpellantin fest, dass sie die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellation für die stadträtliche Stellungnahme betreffend der Friedhof-Neugestaltung. Sie würde noch interessieren, wer bei den Evaluationsarbeiten involviert ist und schlägt vor, dass diesbezügliche Umfragen auch beim Verein Senioren für Senioren, der Spitex usw. gemacht würden.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, dass die Friedhof-Neugestaltung bereits in der BPK thematisiert wurde. Er habe das Gefühl, dass man auf dem Friedhof Liestal erst- oder zweitklassig liegt, betrachtet man die Beleuchtung im oberen und unteren Teil des Friedhofs. Er hofft schon, dass nun auch die unteren Grabfelder in der Weihnachtszeit entsprechend beleuchtet werden.

Natalie Oberholzer (GL) regt betreffend der Neugestaltung des Friedhofs an, dass Friedhöfe wertvolle Flächen für die Artenvielfalt haben. So könnte bei der Neugestaltung die Chance genutzt werden, die Biodiversität mit entsprechenden Massnahmen zu fördern. Ein schönes Beispiel dafür dürfte der Friedhof Rosenberg in Winterthur sein.

Stadtrat Daniel Spinnler dankt für die Rückmeldungen betreffend dem Beizug von Interessengruppen bei der Evaluation, der Neugestaltung und Nutzung sowie Beleuchtung des Friedhofes.

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2016/18.

45 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Fragestunde

1. Frage / Meret Franke (GL) - Tempo 30 für Mühlemattstrasse

Im November 2014 wurde für die Mühlemattstrasse Tempo 30 in Aussicht gestellt. Nun ist die Baustelle auf der Rheinstrasse fertig, die temporären Lichtsignalanlagen sind weg und die Autos fahren immer noch 50. Wann wird die Mühlemattstrasse Tempo 30?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Bauarbeiten an der Rheinstrasse wurden erst dieses Jahr fertig gestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Verkehr über die Mühlemattstrasse geleitet. Vom Stadtrat ist das Nötige betreffend der Einführung von Tempo 30 in der Mühlemattstrasse bereits aufgegleist worden.

2. Frage / Meret Franke (GL) - Ortsbusinitiative

Was ist mit der im Februar eingereichten Ortsbusinitiative passiert? Wann kommt diese zur Abstimmung? Gibt es dafür eine gesetzliche Frist?

Stadtrat Franz Kaufmann: Im Vorfeld mussten einige Abklärungen betreffend dem Betrieb und der Umsetzung von Ortsbussen getroffen werden. Der politische Prozess wird im 2017 aufgegleist. Betreffend der gesetzlichen Frist kann er keine Auskunft geben.

3. Frage / Denise Meyer (SVP) - Verkehrsinsel Rheinstrasse

An der Rheinstrasse sind an diversen Orten Inseln ohne Fussgängerstreifen angebracht worden. Das verleitet Fussgänger dazu, einfach über die Strasse zu laufen. Frage: Ist sich der SR der Gefährlichkeit bewusst und wer hat hier Vortritt?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Rheinstrasse ist eine Kantonsstrasse und das mehrmalige Insistieren der Stadt Liestal betreffend den Fussgängerstreifen ist erfolglos geblieben. Die Inseln sind sogenannte Querungshilfen und gemäss Verkehrsregelung haben dort Auto- und Velofahrer den Vortritt.

4. Frage / Denise Meyer (SVP) - Kreuzung Rheinstrasse/Schildareal

Unübersichtliche Kreuzung; Lichtsignal für Fussgänger; Bushaltestelle: Hier ist eine ganz gefährliche Kreuzung «fabriziert» worden, bei welcher einiges nicht stimmt. Frage: Ist der SR bereit, die Situation mit den Kantonsvertretern zu überprüfen? Dabei sollten auch Verkehrsteilnehmer beigezogen werden, die sich tagtäglich mit dieser Situation auseinandersetzen müssen.

Stadtrat Franz Kaufmann: Ja, das Stadtbauamt ist bereit, diesbezüglich noch einmal beim Kanton vorstellig zu werden.

5. Frage / Denise Meyer (SVP) - Parkplätze Allee

Die Markierung ist verblichen, so dass kaum ersichtlich ist, wie parkiert werden muss. Frage: Ist der SR bereit, hier Abhilfe zu schaffen?

Stadtrat Daniel Spinnler: Die Frage kann ebenfalls bejaht werden. Die Betriebe werden im Frühling die 18 Parkplätze neu markieren.

6. Frage / Beat Gränicher (SVP) - Sicherung Schulweg

Die Gartenstrasse wird während dem Umbau des Frenken-Schulhauses rege als Schulweg benutzt! Mit Velo und Trotinett kommen die Schüler recht schnell voran. Gefahr besteht bei den Einmündungen Schwieriweg und Quellenweg in die Gartenstrasse, da die Kurven recht unübersichtlich sind. Wäre es möglich, während der Bauphase Tafeln aufzustellen?

Stadtrat Franz Kaufmann: Das Aufstellen von Tafeln ist möglich und wird auch geprüft. Die Schüler wurden von einem Verkehrsinstruktor der Polizei betreffend dem neuen Schulweg eingeführt. Das Herunterfahren in der Gartenstrasse mit Trotinetts ohne Beleuchtung ist nicht ungefährlich und es muss auch an die Selbstverantwortung der Schüler appelliert werden.

7. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Coop: Ladenverkleinerung

Gerüchten zufolge will der Coop im Stedtli seinen Laden verkleinern. Hat der Stadtrat davon Kenntnis? Falls ja, kann er diesen Sachverhalt bestätigen?

Stadtpräsident Lukas Ott: Ein Baugesuch liegt nicht vor, doch habe man von Coop die Information erhalten, dass der Stabhof im 2017 modernisiert wird. Das Obergeschoss wird geschlossen und die Verkaufsfläche konzentriert sich auf das Erdgeschoss, wo auch ein Bistro etabliert werden soll.

8. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Wasserturmplatz: Haltekante für Bus

Am Wasserturmplatz wurde die Haltekante für den Bus verlängert, damit zwei Busse hintereinander halten können und sich die wartenden Personen räumlich besser verteilen können. Kann dadurch nun auf die jeweils zu Stosszeiten anwesenden Sicherheitsleute zwecks Sicherstellung der Verkehrssicherheit gänzlich verzichtet werden?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Situation hat sich ganz deutlich verbessert, weshalb man auf Verkehrsdienste verzichten wird. Die Situation wird aber weiterhin beobachtet und gegebenenfalls weitere Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

9. Frage / Thomas Eugster (FDP) - QP Florhof

Unmittelbar nördlich neben dem Büchelzentrum liegt noch immer eine brache Fläche, obwohl dort der Bau von Wohnungen vorgesehen wäre (genehmigter QP Florhof). Warum wird dort nicht gebaut?

Stadtrat Franz Kaufmann: Das Baugesuch ist eingereicht worden, doch liegt noch keine Baubewilligung vor.

10. Frage / Werner Fischer (FDP) - Rathausstrasse: Muster

Für die neue Rathausstrasse wurde uns gesagt, dass ein Muster erstellt wird. Wann wurde dieses erstellt und wo kann es besichtigt werden? Gibt es allenfalls Bilder oder eine Dokumentation zu diesem Muster?

Stadtrat Franz Kaufmann: Es wurden bereits Muster erstellt und diese werden auch laufend angepasst. Die Muster sind nicht sehr aussagekräftig für die Öffentlichkeit und dienen vorwiegend für Tests von Gestaltern und involvierten Firmen.

11. Frage / Werner Fischer (FDP) - Rathausstrasse: Naturstein-Materialien

Die Bauarbeiten an der Rathausstrasse beginnen Mitte März 2017. Welche Naturstein-Materialien wurden nun definitiv bestimmt und verwendet?

Stadtrat Franz Kaufmann: Es wird Granit aus dem Tessin verbaut. Beim Törl und unteren Stadteingang werden die bestehenden alten Randsteine wieder eingebaut.

12. Frage / Lorenz Holinger (SVP) - Streifen bei Bushaltestellen Wasserturmplatz

Wann wird der Sicherheitsstreifen zwischen den Bushaltestellen am Wasserturmplatz erstellt? Terminiert war einmal auf Abschluss der Rückbauarbeiten der Parkplätze, welche nun doch schon eine Weile abgeschlossen sind. Ohne den Streifen überholen immer wieder Fahrzeuge die stehenden Busse, welches zu gefährlichen Situationen führt.

Stadtrat Franz Kaufmann: Grundsätzlich wird auf Markierungen in Begegnungszonen verzichtet. Gemäss Strassenverkehrsgesetz ist das Überholen und Vorbeifahren an Hindernissen nicht gestattet. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen hat der Stadtrat bereits entschieden, eine Sicherheitslinie zu markieren.

13. Frage / Anna Ott (GL) - Atomausstieg

Die Stadt Liestal ist Mitglied des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS). TRAS „unterstützt den vom Schweizer Bundesrat und Parlament beschlossenen Atomausstieg und wendet sich gegen die fünf bestehenden AKW in Leibstadt, Beznau, Gösgen und Mühleberg.“ Daher stellt sich mir die Frage, ob die Stadt Liestal bzw. der Stadtrat sich noch vor dem bevorstehenden Abstimmungssonntag öffentlich für den geordneten Atomausstieg ausspricht?
Stadtpräsident Lukas Ott: Der Stadtrat spricht sich grossmehrheitlich für einen Atomausstieg aus. Der Stadtrat handhabt es aber so, dass sich der Stadtrat nicht zu Abstimmungen äussert, wenn er nicht selbst Bestandteil eines Initiativkomitees ist. Als TRAS-Mitglied nimmt aber der Stadtrat die Interessen für die Stadt Liestal wahr.

14. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Erweiterungsbau Schulhaus Gestadeck

Die Präqualifikation zur Teilnahme am Wettbewerb Erweiterungsbau Schulhaus Gestadeck hat stattgefunden. Ist es richtig, dass kein Liestaler-Büro berücksichtigt wurde. Aus welchem Grund?

Stadtrat Franz Kaufmann: Auf die öffentliche Ausschreibung haben sich 120 Büros beworben. Die Jury hat an einer täglichen Sitzung 12 Firmen nach folgenden Bewertungskriterien ausgesucht:

- Städtebauliche und architektonische Qualität der Referenzobjekte.
- Erfahrung in der Planung und der Realisierung von Schulbauten, Turnhallen und/oder anderen ähnlichen Projekten.
- Erfahrung in Planung und Realisierung von ähnlichen Projekten bezüglich Kosten und Bauvolumen.
- Bürostruktur der Wettbewerbsteilnehmer und ausreichende Leistungsfähigkeit für die gestellte Aufgabe.

Kein Liestaler-Büro konnte überzeugen und eine Bevorteilung von einheimischen Büros ist ja nicht statthaft. Weitere Auskünfte gibt das beauftragte Architekturbüro Markus Schwob in Bubendorf.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass man von diesem Angebot keinen Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.50 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Beat Gränicher

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann